



Schwerer Stand: Filiale des Schweizer Schokoladenherstellers Läderach in New York

Foto Bloomberg

Herr Brunetti, welche Folgen hat der von Donald Trump verhängte 39-Prozent-Zoll für die Wirtschaftsentwicklung der Schweiz – droht eine Rezession?

Bleibt es dabei, dann wird die Wirtschaft sich abkühlen. Das bisher für dieses Jahr veranschlagte Wachstum von gut einem Prozent ist dann wohl nicht mehr erreichbar. Aber eine Rezession halte ich für unwahrscheinlich, sofern es nicht noch zusätzliche Schocks gibt wie zum Beispiel sehr hohe Zölle für Pharmahersteller. Wie stark der Bremseffekt wird, hängt davon ab, wie lange diese 39 Prozent Bestand haben. Der Zoll trifft nicht die gesamte Exportwirtschaft, sondern bestimmte Branchen, die besonders viele Güter in die USA ausführen. Dazu zählen vor allem die Hersteller von Uhren, Maschinen, Präzisionsinstrumenten und Lebensmitteln. Einzelne Unternehmen kämpfen jetzt ums Überleben.

Warum haben die Kurse an der Schweizer Börse bisher kaum reagiert?

Manche Anleger halten Trumps Entscheidung offenbar für Kettengerassel. Sie glauben, dass es am Ende doch nicht so schlimm kommt. Im Swiss Market Index, dem wichtigsten Börsenbarometer, sind viele Unternehmen, die nicht sonderlich von diesen Zöllen betroffen sind, weil sie bereits groß in Amerika produzieren oder weil sie vor allem mit Dienstleistungen oder Pharma unterwegs sind. Und etliche kleine und mittelgroße Exporteure sind gar nicht an der Börse notiert.

Was sollte die Schweizer Regierung jetzt tun?

Die Regierung kann nicht die Psyche des amerikanischen Präsidenten ergründen. Die Schweiz ist Trump in Bezug auf die Rahmenbedingungen für die bilaterale Zusammenarbeit ausgeliefert. Er reagiert und reagiert willkürlich. Daher sollte Bern nicht um jeden Preis versuchen, einen Deal abzuschließen. Die Schweiz ist ein so guter Standort, weil sie sich an Regeln und Abmachungen hält, weil sie ordnungspolitisch verlässlich ist und ausgezeichnete Rahmenbedingungen hat. Dazu würde es nicht passen, irgendwelche absurden Dinge zu versprechen, die man in unserem liberalen Wirtschaftssystem nicht halten kann und will.

Steht dem nicht entgegen, dass die EU mit allerlei Versprechungen trotzdem zu einem Zollsatz von 15 Prozent gekommen ist?

Im Moment steht die EU besser da, ja, aber sie hat keine verbindliche Vereinbarung, sondern nur einen Deal, den Trump morgen wieder umstoßen kann.

Ordnungspolitisch spräche doch nichts dagegen, den Amerikanern anzubieten, dass die Schweiz ihren abgeschotteten Agrarmarkt öffnet und beispielsweise die Kontingente für amerikanisches Rindfleisch erhöht.

Derartige Anpassungen fände ich sinnvoll. Der Protektionismus in der Schweizer Landwirtschaft ist besonders ineffizient. Man könnte etwa auch mehr Waffen in den USA kaufen. Ich glaube nur nicht, dass über derartige Anpassungen das US-Handelsdefizit gegenüber der Schweiz stark sinken wird.

Wären Gegenmaßnahmen sinnvoll?

Ökonomisch ist jede zusätzliche Behinderung des Handels ineffizient. Wenn jemand Zölle erhebt, ist die richtige Antwort also nicht, selbst auch Zölle zu erheben, sondern weiterhin Freihandel zu betreiben. Gegenmaßnahmen sind nur dann allenfalls taktisch sinnvoll, wenn sie die Gegenseite dazu bringen, ihre Zölle zu senken. Die Schweiz ist jedoch viel zu klein, um den USA auf diesem Weg Konzessionen abzurufen. Ein solcher Versuch erschiene mir lächerlich.

Als kleines Land ist die Schweiz besonders auf regelbasierten Handel angewiesen. Wie groß sind die langfristigen Schäden, wenn sich das Recht des Stärkeren immer mehr durchsetzt?

„Die Schweiz ist Trump ausgeliefert“

Der US-Zollhammer wird die Schweizer Wirtschaft bremsen, sagt Aymo Brunetti. Der Ökonom warnt davor, um jeden Preis eine Vereinbarung mit Trump zu suchen – und lobt die EU.

Die Schäden wären sehr groß. Die Schweiz ist eines der Länder, die stark von diesem regelbasierten System profitiert haben. Ich warne allerdings davor, jetzt schon das Ende dieses Systems auszurufen. Die Kosten für die USA werden erst noch kommen. Trump betreibt eine typische populistische Politik, die kurzfristig wirtschaftlich stimulierend sein kann. Mittel- und langfristig sieht das aber anders aus. Seine gesamte Handels- und Haushaltspolitik ist unsinnig. Die Inflation wird steigen, der Staatshaushalt ist jetzt schon komplett zerrüttet. Ich weiß nicht, wie man da rauskommen will. Es könnte also sein, dass es zu einer Kurskorrektur kommt. Man darf nicht vergessen: Die USA waren einst der Champion des internationalen Regelwerks; sie haben die Welthandelsorganisation WTO vorangetrieben.

Aber jetzt ist die WTO erledigt?

Sie ist in einer Krise. Sie völlig abzuschreiben wäre allerdings falsch. Je deutlicher die Schattenseiten dieser amerikanischen Politik zutage treten, umso heller könnte der Multilateralismus leuchten.

Zurück zur Schweiz: Sollten Unternehmen, die von dem 39-Prozent-Zoll betroffen sind, nun die Produktion in die USA verlagern?

Solange unsicher ist, wo die Zölle am Ende wirklich liegen, ist es am besten, die Füße stillzuhalten. Gleichzeitig sollte man versuchen, die Abhängigkeit von den USA zu reduzieren. Forschungsstarke Unternehmen wie Pharmahersteller

müssen sich gut überlegen, ob sie wirklich in ein Land verlagern wollen, in dem die Forschungsfreiheit auf breiter Front attackiert wird und ein Generalangriff auf die Universitäten stattfindet.

Bekommen die auf dem Tisch liegenden bilateralen Verträge mit der EU, die der Schweiz den privilegierten Zugang zum europäischen Binnenmarkt sichern würden, jetzt eine noch größere Bedeutung?

Sie wären auch ohne das Vorgehen der USA sehr bedeutsam. Die EU wird auch in den nächsten 30 Jahren der wichtigste Handelspartner der Schweiz bleiben. Es ist eine gute Idee, vernünftige Beziehungen zu diesem Partner zu haben. Aber die geopolitische Unsicherheit macht es nun noch attraktiver, die Beziehungen mit Ländern zu intensivieren, denen Regeln und Rechtssicherheit noch etwas bedeuten.

Was ist für Sie der größte Vorteil, den die EU-Verträge der Schweiz bringen?

Der größte Vorteil besteht darin, dass die sektorale bilaterale Zusammenarbeit gesichert wird und die Schweiz vor willkürlichen Disziplinierungsmaßnahmen künftig geschützt sein wird. Die Schweiz kann zu jeder einzelnen Anpassung im relevanten EU-Recht Nein sagen. Tut sie das, müssen etwaige Ausgleichsmaßnahmen verhältnismäßig sein. Und was verhältnismäßig ist, wird nicht vom Europäischen Gerichtshof bestimmt, sondern von einem paritätisch besetzten Schiedsgericht.

Trotzdem spricht die wählerstarke Schweizerische Volkspartei (SVP) von einem „Unterwerfungsvertrag“. Was sagen Sie dazu?

Die SVP meint damit den Verlust von Souveränität. Ein völkerrechtlicher Vertrag ist immer eine gewisse Beschränkung der Souveränität. Aber dafür bekommt man ja auch etwas. Der Kern der Souveränität ist für mich, dass ich Nein sagen kann, ohne damit eine Art Nuklearreaktion auszulösen. Das ist hier der Fall. Deshalb ist es kein Unterwerfungsvertrag.

Statt sich eng an die EU zu binden, so sagen die Kritiker, sollte die Schweiz einfach noch mehr Freihandelsabkommen mit anderen Ländern abschließen. Was meinen Sie?

Man sollte das eine tun und das andere nicht lassen. Dass andere, zum Teil weit entfernte Länder den Handel mit der EU substituieren könnten, ist vollkommen unrealistisch. Die Exporte nach Baden-Württemberg oder in die Lombardei zum Beispiel sind größer als die in die meisten Schwellenländer. Hinzu kommt, dass es die geopolitische Situation nicht leichter macht, mit vielen außereuropäischen Ländern weitergehende Freihandelsabkommen abzuschließen. Dort herrscht vielfach auch eine andere Rechtskultur als in der uns vertrauten EU.

In der Kritik steht vor allem die Personenfreizügigkeit für EU-Bürger und die damit verbundene starke Zuwanderung in die Schweiz. Wie stehen Sie dazu?

Ich bin alt genug, um noch das alte Kontingentsystem für ausländische Arbeitskräfte zu kennen, das wir vor der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 hatten. Das war ein Ausbund an planwirtschaftlicher Ineffizienz. Die Kontingente wurden nicht dorthin zugeteilt, wo die Produktivität hoch war, sondern dorthin, wo der politische Einfluss stark war. Die allermeisten Zuwanderer kamen damals in die Landwirtschaft, auf den Bau und in andere, eher weniger produktive Branchen, die stark organisiert waren. Die Leute durften erst nach einigen Jahren in andere Branchen wechseln, verbunden mit riesigen Anpassungskosten. Jetzt haben wir kein planwirtschaftliches, sondern ein rein marktwirtschaftliches System. Die Leute kommen direkt dorthin, wo Knappheit herrscht. Aus ökonomischer Sicht ist die Personenfreizügigkeit viel eher effizient als das Kontingentsystem. Aber in der Bevölkerung gibt es ein Gefühl der Überfremdung, das man nicht unterschätzen sollte. Deshalb ist es wichtig, dass die neuen Verträge eine Schutzklausel beinhalten. Diese erlaubt es der Schweizer Regierung, die Zuwanderung aus der EU unter gewissen Bedingungen zu bremsen.

Die SVP hat eine zugewanderungsfeindliche Volksinitiative lanciert, die auf eine Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU hinausläuft. Was geschieht, wenn es dafür im Volk eine Mehrheit gibt?

Das würde das Wachstum und die Investitionstätigkeit in der Schweiz bremsen. Unter den bilateralen Verträgen mit der EU bringt die Personenfreizügigkeit der Wirtschaft am meisten, erlaubt sie doch den Unternehmen gezielte Rekrutierungen aus dem großen europäischen Arbeitsmarkt. Und sie wirkt dem demographisch bedingten Arbeitskräftemangel entgegen. Es ist bezeichnend, dass sich die Schweizer Wirtschaft nach Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens deutlich besser entwickelt hat als davor; dieses war zumindest mitverantwortlich dafür. Trotzdem hat diese Initiative realistische Chancen. Wegen des wirtschaftlichen Erfolgs und der Resilienz der Schweiz in den vergangenen 20 Jahren herrscht eine gewisse Selbstzufriedenheit nach dem Motto: „Bei uns läuft sowieso alles besser, wir können uns auch eine derartige Ausländerbremse leisten.“ Darin sehe ich eine gewisse Gefahr.

Das Gespräch führte **Johannes Ritter**.

Zur Person

Aymo Brunetti zählt zu den renommiertesten Ökonomen der Schweiz. Der 62 Jahre alte gebürtige Basler ist seit 2014 Direktor des Volkswirtschaftlichen Instituts der Universität Bern. Der Schwerpunkt seiner Forschung liegt auf den Feldern Wirtschaftspolitik, Finanzstabilität und Entwicklungsökonomie. Nach dem Volkswirtschaftsstudium, der Promotion und Habilitation in seiner Heimatstadt, einem Forschungsaufenthalt an der Harvard-Universität sowie einer Lehrstuhlvertretung an der Universität des Saarlandes wechselte er 1999 ins Schweizer Wirtschaftsministerium, wo er zum Leiter der Direktion für Wirtschaftspolitik avancierte. Auch nach seinem Wechsel an die Universität war er als wirtschaftspolitischer Berater in Bern tätig und leitete verschiedene Expertengruppen des Bundes.



Aymo Brunetti Foto Johannes Ritter